

Sozialpolitische Gespräche – Wohlfahrt und Politik im Austausch

Bei den sozialpolitischen Gesprächen der Kreisarbeitsgemeinschaft der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege (KAG Ö/F) im Landkreis Neumarkt am 8. Dezember trafen die Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände mit den Landratskandidierenden sowie den Fraktionssprecherinnen und -sprechern der Kreistagsfraktionen zu einem intensiven Austausch zusammen. Dr. Elke Kaufmann, Sprecherin der Kreisarbeitsgemeinschaft und geschäftsführende Vorständin der Diakonie NAH e.V., eröffnete die Gespräche und betonte die Bedeutung der Wohlfahrtsverbände für die soziale Daseinsvorsorge im Landkreis: „Wir Wohlfahrtsverbände stellen sicher, dass Menschen in Not zuverlässig Hilfe erhalten. Wir arbeiten im Landkreis sehr gut und abgestimmt zusammen – das schützt vor Reibungsverlusten. Die entscheidende Frage ist, wie die Kandidierenden das Zusammenspiel zwischen Staat und Wohlfahrt sehen. Wir brauchen Klarheit und ein gemeinsames Verständnis, um die Zukunft gut gestalten zu können.“ Sie hob außerdem hervor, wie sehr Beratungsangebote, Pflegeleistungen und die Eingliederungshilfe unter steigenden Druck stehen: „Wir müssen präventiv denken und die soziale Infrastruktur als Vorsorgesystem schützen.“ Ihr Stellvertreter Sven Göpel, Vertreter für den Paritätischen Wohlfahrtsverband Landesverband Bayern e.V. unterstrich diesen Punkt, indem er erklärte: „Die soziale Infrastruktur mit ihren vielfältigen Angeboten für die Bürgerinnen und Bürger ist die Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Land und damit unsere gemeinsame Lebensversicherung. Wenn wir Parallelstrukturen schaffen oder Angebote schließen, gefährden wir diese Stabilität. Wir müssen gemeinsam kluge Lösungen entwickeln.“

Im weiteren Verlauf schilderten die Verbände ihre aktuellen Herausforderungen. Michael Glaser von der Caritas-Kreisstelle berichtete: „Wir sehen in der Fachberatung eine Zunahme von 20 Prozent, bei der Schuldnerberatung sind es sogar 30 Prozent. Ohne stabile Förderung geraten wir an Grenzen.“ BRK-Kreisgeschäftsführer Klaus Zimmermann ergänzte die Perspektive der Pflege: „Wenn Pflegeheime schließen und Bewohner umziehen müssen stehen am Ende die Kommunen in der Mitverantwortung. Der Landkreis muss sich fragen, wie er Versorgung langfristig absichert.“ Andreas Moser von der Lebenshilfe Neumarkt verwies auf die schwierige finanzielle Lage vieler Einrichtungen in freier Trägerschaft: „Für Einrichtungen wird die Refinanzierung immer schwieriger. Wenn ein Träger ausfällt, muss der Landkreis einspringen.“ Aus dem Bereich der Regens Wagner Einrichtungen wies Gesamtleiter Andreas Fersch darauf hin, dass unklare Förderkulissen Risiken verursachen: „Wir entfristen Verträge, um Mitarbeitende zu halten – damit tragen wir das Risiko, wenn sich Förderbedingungen ändern.“ Richard Theil von Regens Wagner Holnstein ergänzte: „Wir brauchen flexible und unbürokratische Lösungen im Sinne der Menschen.“

Seite 1 von 3

Iris Lederer
Freiberufliche Pressereferentin für die
Diakonie NAH e.V.

USt-IdNr.: DE256812992
Steuernr. 221/244/00906

Höhenweg 3
91244 Reichenschwand

Tel.: +49 (9151) 866460
oder 0174 386 1600
presse@diakonie-nah.de
www.diakonie-nah.de

Auch die Landratskandidierenden und Fraktionssprecher erläuterten ihre Positionen. Martin Meier (FW) hob Anliegen aus der Bürgerschaft hervor: „Viele Menschen loben die gute Beratung im Landkreis. Aber Barrierefreiheit, ÖPNV und klare Ansprechpartner in Behörden bleiben zentrale Aufgaben.“ Thomas Thumann (FW), Vizepräsident des Bezirks Oberpfalz, betonte die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Bezirk und Landkreis: „Wir müssen miteinander die besten Lösungen finden. Die Bezirksfinanzierung ist am Limit – der Gesetzgeber muss Standards so gestalten, dass sie bezahlbar bleiben.“ Für die SPD sprach Stefan Großhauser: „An Standards zu rütteln, wäre der falsche Weg. Gute Versorgung, etwa für Menschen mit Behinderung, hat ihren Preis. Gleichzeitig müssen wir mehr in Prävention investieren.“ Sein Parteikollege Dirk Lippmann ergänzte: „Wir haben hervorragende Konzepte etwa beim Seniorenpolitischen Gesamtkonzept oder der Integration. Jetzt müssen wir sie konsequent umsetzen.“

Aus Sicht der CSU forderte Fraktionssprecher Alois Scherer, den Fokus auf das Machbare zu richten: „Wir müssen uns auf das konzentrieren, was wir selbst gestalten können. Ein Ansprechpartner im Landratsamt und der Abbau von Bürokratie wären ein großer Schritt.“ CSU-Landratskandidatin Dr. Katharina Ziegler erläuterte ihre Schwerpunkte: „Wir müssen die Pflege stärken und pflegende Angehörige unterstützen, das Ehrenamt entlasten und auch die Zuwanderung müssen wir gut gestalten. Generell brauchen wir mehr zentrale Ansprechpartner und die Digitalisierung darf kein Hürdenlauf sein.“ Für die Grünen erklärte deren Fraktionsvorsitzender und Landratskandidat Stefan Haas: „Wohlfahrtsverbände schließen die Lücke zwischen Staat und Privatwirtschaft. An sozialer Daseinsvorsorge zu sparen wäre fatal – gerade in einer alternden Gesellschaft.“

Breiten Raum nahm die Debatte um Schulbegleitung, Inklusion und Förderstrukturen ein. S. Haas betonte: „Schulbegleitung ist dringend notwendig – aber die Rahmenbedingungen müssen praxistauglich sein.“ Thomas Thumann kritisierte die aktuelle Situation ähnlich deutlich: „Wir wollen Inklusion. Aber der Gesetzgeber schießt über das Ziel hinaus. Das System ist überreguliert.“ Auch die Verantwortung des Landkreises bei Investitionen und Risiken sozialer Infrastruktur wurde angesprochen. A. Moser brachte einen konkreten Vorschlag ein: „Der Landkreis könnte als Bürge bei Zwischenfinanzierungen auftreten.“ Sascha Renner (FDP), betonte: „Für mich ist entscheidend, dass Hilfe schnell, wirksam und menschenzentriert ankommt – und nicht in Formularen steckenbleibt. Der Landkreis darf Wohlfahrtsverbände nicht als Bittsteller behandeln, sondern muss sie als professionelle Partner verstehen, die Versorgung sichern und Innovation ermöglichen. Wenn wir Inklusion wollen, brauchen wir praxistaugliche Regeln, klare Zuständigkeiten und schlanke Verfahren statt immer neuer Sonderregeln.“

Am Ende der Gespräche zeigte sich große Einigkeit darüber, welche Schritte notwendig sind, um die soziale Daseinsvorsorge im Landkreis Neumarkt zu stärken. Dazu zählen der Abbau von Doppelstrukturen, die Schaffung klarer Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, der Ausbau präventiver Angebote etwa in Frühförderung und Beratung sowie eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit von Politik und Wohlfahrt. E. Kaufmann zog ein positives Fazit des Austauschs: „Die Herausforderungen sind groß – aber wir haben heute gesehen, wie konstruktiv Politik und Wohlfahrt zusammenarbeiten können. So sichern wir soziale Teilhabe und echte Daseinsvorsorge im Landkreis Neumarkt.“

Foto: Selbstausslöser (v.l.n.r. A.Scherer, S.Göpel, M. Glaser, T. Thumann, K.Zimmermann, S.Großhauser, D. Lippmann, E. Kaufmann, A. Moser, K. Ziegler, R. Theil, S. Haas, M. Meier, A. Fersch)